

Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten: Sozialraumorientierung und Trägerbudgetierung

Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker (Graz) begrüßte am 6.10.2010 in Graz die Anwesenden und unterstrich die Bedeutung der Kontrolle, die Sie als ehemalige Vorsitzende des Kontrollausschusses auch in ihrer jetzigen Rolle als Regierungsmitglied für sehr bedeutsam hält. Die Themen der Tagung wurden debattiert, etwa in der Frage öffentlich oder privat in der Kinderbetreuung und natürlich das Pilotprojekt der Sozialraumorientierung inklusive der Trägerbudgetierung. Zur Vernetzung der Städte untereinander und der Positionierung der kommunalen Themen ist der Städtebund von unverzichtbarer Bedeutung.

Modell der Trägerbudgetierung und Sozialraumorientierung

Die starken Steigerungen in den Ausgaben der Jugendwohlfahrt werden von steigenden Fallzahlen, von der ebenfalls wachsenden Anzahl von Maßnahmen pro Fall (Fälle werden komplexer), aber eben auch von steigenden „Preisen“ pro Maßnahme verursacht. Während das alte System einzelne Maßnahmen finanzierte und somit offenbar die falschen Anreize setzte, werden im neuen System in der Stadt Graz nunmehr die Träger bzw. die Dienstposten direkt finanziert. Da die Träger in ihrem Sozialraum (Graz ist in vier Räume untergliedert) alle Fälle abdecken müssen, besteht jetzt ein Anreiz Fälle wirklich mit dem geringsten Mittel abzuschließen und die KlientInnen

möglichst rasch wieder in die Selbständigkeit zu entlassen. Die Gefahr, dass hier die Fachlichkeit „ausverkauft“ wird, besteht auch dann nicht, wenn in der inhaltlichen Arbeit das Konzept der Sozialraumorientierung wirklich gelebt wird.

Im Bereich der Jugendwohlfahrt hat die Stadt mit dem neuen Modell versucht, ihre ansonsten geringen Steuerungsmöglichkeiten auszubauen. Wobei dabei ein Paradox beobachtet werden muss, wonach die Trägerbudgetierung versucht, den gesetzlichen Anspruch auf Hilfe quasi zu deckeln.

Kindergärten und Schulen mit Tagesbetreuung

Die Kosten-Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Kindergärten wurden in Prüfungen genauer analysiert. Insbesondere die Personalkosten liegen weit auseinander, was vor allem an dem (für den Arbeitgeber) weit günstigeren KV und dem geringeren Altersschnitt liegt. Bei der Betrachtung der Grenzkosten (Errichtung einer neuen Gruppe) verringern sich die Unterschiede allerdings beträchtlich. Eine Prüfung des Kontrollamtes aus Salzburg zu den ganztägigen Schulformen zeigt auf, dass es trotz sinkender Schülerzahlen zu steigendem Raumbedarf kommt. Dies liegt u.a. an geringeren Teilungszahlen, gestiegenem sozialpädagogischen Förderbedarf und nicht zuletzt am Raumbedarf für die ganztägigen Schulformen.

Jugendwohlfahrt in Niederösterreich

In diesem sensiblen und schwer planbaren Bereich sind hohe Kostensteigerungen zu beobachten, die die Gemeinden, die 50 Prozent der Kosten tragen müssen, zusehends in große Schwierigkeiten bringen. So stieg zwischen 2003 und 2009 der Kostenaufwand um mehr als 50 Prozent. Auch für die Zukunft sind jährliche Steigerungen von 10 bis 15 Prozent prognostiziert. Sowohl Planung als auch Forschung sind im Bereich der Jugendwohlfahrt stark unterentwickelt, weshalb Alternativen zu dem so massiven Eingriff der vollen Erziehung oft unzureichend vorhanden sind. Auch eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung etwa in Form der Untersuchung, ob die Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft gelingt, ist ausständig.

Methodik von Querschnittsprüfungen des Rechnungshofs

Die Methodik der Querschnittsprüfungen ermöglicht die Gesamtsicht über alle Gebietskörperschaften. Die Auswahl der Betroffenen (z.B. Länder) wird immer hinterfragt und ist deshalb auch inhaltlich gut zu begründen. Ziel ist aber keine Zielkritik, sondern eine Wegekritik. Für den Rechnungshof bedeuten Querschnittsprüfungen allerdings einen weit höheren Ressourceneinsatz. Der Prozess beginnt zumeist mit einem Fragebogen, der die Prüfung schon vorstrukturiert. Danach folgen Einschau an Ort und Stelle und eine Schlussbesprechung; weiters die Stellungnahmefrist und die Rückantwort. Bei Querschnittsprüfungen ist es essentiell, auf die Vergleichbarkeit der Daten zu achten. Es geht dabei zwar um vergleichende Aussagen und das Ausarbeiten von Best-Practice-Beispielen, nicht aber um ein Ranking. Vielmehr sollen die Ergebnisse verbesserte Grundlagen für die politischen Entscheidungen liefern. Einzelergebnisse erhält jeweils nur die betroffene Stelle.

Oliver Puchner

